

Sehr geehrte/r ...,

mit großem Interesse verfolgen auch wir bei Google Deutschland die Gespräche zur Bildung einer Koalition aus CDU/CSU und SPD. Basierend auf unseren Erfahrungen als internationales Digitalunternehmen mit Services für eine breite Nutzerschaft sowie als Technologiepartner für zahlreiche Unternehmen hierzulande, haben wir bereits vor einiger Zeit [Vorschläge](#) unterbreitet, wie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands insbesondere durch den Einsatz von KI substanziell erhöht werden kann. Mit Blick auf die nächste Phase der Koalitionsverhandlungen erlauben wir uns, Ihnen folgende Anmerkungen zukommen zu lassen, die aus unserer Sicht für die Erreichung dieses Ziels zentral sind:

1. **Künstliche Intelligenz:** Deutschland muss eine führende Rolle beim Zugang zu und der Anwendung von Künstlicher Intelligenz einnehmen, um das damit verbundene [Wertschöpfungspotenzial von 330 Milliarden Euro](#) voll auszuschöpfen. Dazu gehört eine bürokratiearme Umsetzung des AI Acts aber auch die Anerkennung mühevoll ausgehandelter Kompromisse zu urheberrechtlichen Punkten in diesem Bereich.
2. **Rechenzentren:** Die angedachten Maßnahmen zur Förderung der Ansiedelung sind zu begrüßen, aber sollte nicht nur auf die von den Übertragungsnetzbetreibern vorgeschlagenen Standorte beschränkt werden. Das Energieeffizienzgesetz sollte ebenfalls vereinfacht und auf EU-Recht zurückgeführt werden.
3. **Souveräner Deutschland-Stack:** Ein Verweis auf eine insgesamt [offene Multi-Cloud](#)-Strategie ist von Bedeutung. Sie ist Voraussetzung, um das volle Potenzial eines solchen Stacks zu heben.
4. **Urheberrecht:** Wichtig ist ebenfalls die Anerkennung, dass es bereits heute ein funktionierendes System für den Ausgleich unterschiedlicher Interessen im digitalen Musikmarkt gibt.
5. **Altersverifikation:** Statt verpflichtender Altersverifikation eignen sich zum Schutz Jugendlicher flexible Maßnahmen, welche die Individualität der Jugendlichen berücksichtigen und Eltern praktische Kontrollfunktionen an die Hand geben.
6. **Verschlüsselung:** Eine potenzielle Aufbrechung von Verschlüsselung wäre ein gravierender Eingriff in die Online-Sicherheit und für die Resilienz unseres Landes ein erhebliches Risiko.

Zu den genannten Punkten folgende Ausführungen im Detail, mit Verweis auf relevante Textauszüge, eine Kommentierung unsererseits und jeweiligen Vorschlägen.

Kommen Sie bei Fach- und Detailfragen gern und jederzeit auf uns zurück.

Mit freundlichen Grüßen

## Künstliche Intelligenz

AG 3 / Digitales, relevante Textauszüge:

- *Wir setzen auf KI-Sprunginnovationen (z.B. branchenspezifische KI Sprachmodelle). Wir verbessern den Zugang zu Daten, Kapazitäten für Hochleistungsrechnen und wollen mehr Fachkräfte, insbesondere Frauen, für die IT-Branche gewinnen.*
- *[Der AI Act soll überarbeitet, mindestens aber im Zuge der technischen und rechtlichen Spezifizierungen weiterentwickelt werden, Belastungen für die Wirtschaft bauen wir ab.] Wir stellen sicher, dass die nationale Umsetzung des AI Acts innovationsfreundlich und bürokratiearm erfolgt und die Marktaufsicht nicht zersplittet wird.*
- *[Wir setzen uns für eine KI Haftungsrichtlinie auf europäischer Ebene ein.]*

AG 1 – Innen, Recht, Migration und Integration, relevanter Textauszug:

- *Urheber müssen für die Nutzung ihrer bei der Entwicklung generativer KI notwendigerweise verwendeten Werke angemessen vergütet werden. Wir sorgen für mehr Transparenz und Nachverfolgbarkeit bei der Nutzung kreativer Inhalte, insbesondere durch ein unabdingbares Recht auf eine regelgerechte Abrechnungsprüfung.*

Kommentierung Google:

Wenn auf der einen Seite der Zugang zu Daten klares - und geeintes - Ziel der Verhandler ist, und der AI Act zudem aus CDU/CSU-Sicht einer Überarbeitung bei Abbau von Belastungen für die Wirtschaft bedarf, sollten auf der anderen Seite keine zusätzlichen Maßnahmen vorschlagen werden. Die EU-Kommission hat gerade erst in ihrem Arbeitsprogramm angekündigt, die Arbeiten an einer KI-Haftungsrichtlinie nicht weiterzuverfolgen. Die Forderung nach einer KI-Haftungsrichtlinie im Koalitionsvertrag würde diese EU-Entscheidung zur Simplifizierung konterkarieren. Ebenso sollten mühsam verhandelte Kompromisse (auch und gerade mit Einbeziehung der Urheber) im Bereich des für die KI so wesentlichen Zugangs zu (Trainings-)Daten im internationalen Wettbewerb nicht durch unnötige Verschärfungen im Bereich des Urheberrechts aufgebrochen werden, zumal wesentliche Bestimmungen für diesen Bereich bereits im Verhaltenskodex für General Purpose AI im Rahmen des AI Acts aktuell ausgehandelt werden, um einen ausgewogenen Rechtsrahmen zu schaffen, der den Schutz des geistigen Eigentums gewährleistet und gleichzeitig den ermöglichen Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas fördert. Deutschland und Europa müssen Urheberrecht und Innovation in ein Gleichgewicht bringen, um global voranzugehen.

Vorschlag:

- Übernahme Vorschlag der Überarbeitung AI Act; Streichung KI-Haftungsrichtlinie; vollständige Streichung Vergütung bei der Entwicklung generativer KI und regelgerechter Abrechnungsprüfung.

## Rechenzentren

AG 15 – Klima und Energie, relevanter Textauszug:

- *Wir werden die Ansiedelung von großen Abnehmern wie etwa von Rechenzentren, Speichern und großer Erzeuger erneuerbarer Energien dort anreizen, wo es dem Netz nützt.*
- *“Energieeffizienz als tragende Säule beim Erreichen der Klimaziele werden wir insbesondere durch steuerliche Anreize und Marktsignale stärken. Das Energieeffizienzgesetz und das Energiedienstleistungsgesetz werden novelliert und vereinfacht [und auf EU-Recht zurückgeführt].”*

### Kommentare Google

- Die Förderung der Ansiedelung von Rechenzentren sollte nicht nur auf die von den Übertragungsnetzbetreibern vorgeschlagenen Standorte beschränkt werden. Wir begrüßen zwar Maßnahmen zur Förderung einer effizienten Standortwahl, müssen aber weiterhin die Flexibilität haben, die Industrie dort anzusiedeln, wo ihre Bedürfnisse am besten erfüllt werden können.
- Die Nutzung von Abwärme der Rechenzentren ist sinnvoll, aber ohne entsprechende Abnehmer und die erforderlichen Infrastrukturen ist die im Energieeffizienzgesetz vorgesehene pauschale Verpflichtung zur Abwärmennutzung keine tragfähige Lösung. Betreiber von Rechenzentren sind zudem verpflichtet, umfangreiche Informationen an die Bundesregierung zu übermitteln und für jedes einzelne Rechenzentrum zu veröffentlichen. Dies steht jedoch im Widerspruch zur Energieeffizienzrichtlinie der EU, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse schützt. Die unbegrenzte Veröffentlichungspflicht stellt ein Sicherheitsrisiko dar und schadet dem Standort im internationalen Wettbewerb. Darüber hinaus schafft eine separate deutsche Meldeplattform unnötige Bürokratie und finanzielle Belastung, da bereits eine einheitliche EU-Plattform existiert. Das Energieeffizienzgesetz sollte daher überarbeitet und an die europäischen Vorgaben angeglichen werden.
- Darüber hinaus begrüßen wir ausdrücklich die bisher geeinten Ideen zu Preisnachlässen bei energieintensiven Unternehmen und dass die Vorteile auch den angedeuteten "weiteren Branchen" (wenn möglich, Rechenzentren explizit nennen als weitere Branche) zugänglich gemacht werden sollen, den Ausbau und Modernisierung der Netze (wenn möglich, Erweiterung mit Technologien zur Netzverbesserung), den Abbau der Hemmnisse bei der Flexibilisierung des Stromsystems und den Ausbau systemdienlicher Speicherkapazitäten sowie eines Investitionsfonds für die Energieinfrastruktur.

### Vorschlag:

- Streichung des vorgeschlagenen Satzes zur Ansiedelung von großen Abnehmern, mindestens des Verweises auf Rechenzentren.
- Übernahme des strittigen Vorschlags, das Energieeffizienzgesetz auf EU-Recht zurückzuführen.

### **Souveräner Deutschland-Stack ("Deutschland – digital, vernetzt und resilient")**

AG 3 / Digitales, relevanter Textauszug:

- *Ein interoperabler und europäisch anschlussfähiger souveräner Deutschland-Stack integriert KI, Cloud-Dienste sowie Basiskomponenten.*

### Kommentierung Google:

- Um eine Brücke zu verbesserter Cybersicherheit zu schlagen, müssen entsprechende Gefahren aus Vendor Lock-in-Abhängigkeiten aufgelöst und in eine offene Multi-Cloud-Strategie überführt werden.

### Vorschlag:

- *Ein interoperabler und europäisch anschlussfähiger souveräner Deutschland-Stack **stärkt Multi-Cloud-Strategien und integriert KI, Cloud-Dienste sowie Basiskomponenten.***

## **Urheberrecht**

AG 1 – Innen, Recht, Migration und Integration, relevanter Textauszug:

- *Im digitalen Musikmarkt verpflichten wir Streamingplattformen, Kreative angemessen an den Einnahmen zu beteiligen.*

Kommentierung Google:

- Die seit 2021 geltende DSM-Richtlinie bildet eine angemessene Grundlage, um die Interessen der Rechteinhaber und Plattformbetreiber in Ausgleich zu bringen. Der Kompromiss inklusive seiner Umsetzung in deutsches Recht wurde samt Bagatellregelungen mühevoll errungen, auch (und gerade mit) Einbeziehung der Positionen der deutschen Rechteinhaber\*innen. Plattformen müssen Lizenzen für geschützte Inhalte erwerben oder Inhalte sperren; Einnahmen durch Werbeeinnahmen unter Nutzung entsprechender Systeme zur Rechteverwaltung werden entsprechend verteilt.

Vorschlag:

- Streichung, alternativ neue Formulierung: "*Im digitalen Musikmarkt setzen wir uns weiterhin für einen angemessenen Interessenausgleich an den Einnahmen zwischen Streamingplattformen und Kreativen ein.*"

## **Altersverifikation**

AG 3 / Digitales, relevanter Textauszug:

- *Wir fördern den Einsatz einer freiwilligen Lösung für Nutzende, die technisch sicher ist, die Privatsphäre und die Anonymität schützt.*

AG 7 / Familie, Jugend, Senioren und Demokratie, relevanter Textauszug:

- *Plattformbetreiber und Anbieter werden wir in die Pflicht nehmen, den digitalen Kinder- und Jugendschutz wirksam umzusetzen. Wir setzen uns für verpflichtende Altersverifikation und sichere Voreinstellungen für Kinder und Jugendliche bei digitalen Endgeräten ein.*

Kommentierung Google:

- Kinder- und Jugendschutz auf Plattformen, insb. im Zusammenhang mit Altersverifikationssystemen, sollte weiterhin auf EU-Ebene reguliert werden. Dies ist nicht nur zweckmäßig, um ein einheitliches Schutzniveau zu gewährleisten; hinzu kommt, dass jegliche nationale Regulierung außerdem die von Art. 28 DSA bezweckte Vollharmonisierung und das Herkunftslandprinzip, wie es in der E-Commerce-Richtlinie und der AVMD-Richtlinie festgelegt ist, verletzt. Statt harter Altersgrenzen eignen sich zum Schutz Jugendlicher abgesehen davon flexible Maßnahmen, die die Individualität der Jugendlichen berücksichtigen und Eltern entsprechende Kontrollfunktionen an die Hand geben. Nationale Alleingänge, die sich mit der EU-Gesetzgebung überlappen oder darüber hinausgehen (sog. Gold-Plating), sind nicht zielführend. Dies gilt nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass Leitlinien zum jugendschutzrelevanten Artikel 28 des DSA derzeit im Entstehen begriffen sind. Es ist hervorzuheben, dass technische Lösungen, auch von Google, derzeit erfolgreich die Bestimmung des Erwachsenenalters ermöglichen, jedoch noch nicht für die Bestimmung des Alters von Kindern und Jugendlichen geeignet sind.

Vorschlag:

- Übernahme des bisher strittigen Textvorschlags zur Förderung einer freiwilligen Lösung für Nutzende aus der AG 3, idealerweise unter Bezugnahme auf europäische Lösungen und Hinweis auf flexible Lösungen.

## **Verschlüsselung (“Leistungsfähige Sicherheitsbehörden”)**

AG 1 – Innen, Recht, Migration und Integration, relevanter Textauszug:

- *[Wir verpflichten zudem die Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste im Einzelfall zur Entschlüsselung und Ausleitung von Kommunikationsinhalten an Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden.]*
- *[Eine Beschränkung der Verschlüsselung oder den verpflichtenden Einbau von Hintertüren lehnen wir ab, Schwachstellen müssen schnellstmöglich geschlossen werden...]*

### Kommentierung Google:

- Wir arbeiten seit langem mit staatlichen Behörden, Sicherheitsteams und führenden Experten für Cyberbedrohungen daran, globale Standards voranzutreiben – so tragen wir zu einem besseren Schutz persönlicher Informationen bei. Zugleich sorgen wir dafür, dass Erkenntnisse über Cyberbedrohungen und Schwachstellen weitergegeben werden, damit das Internet für alle offen und sicher bleibt. Einer der größten Cyber-Vorfälle in letzter Zeit weltweit (“Salt Typhoon”) nutzte staatlich geforderte Hintertüren, die von Strafverfolgungsbehörden verwendet werden, um illegalerweise Zugriff auf Telefonate von US-Spitzenpolitikern durch chinesische Hackergruppen zu erhalten. Eine potenzielle Aufbrechung von Verschlüsselung wäre ein gravierender Eingriff in die Online-Sicherheit und für die Resilienz unseres Landes ein erhebliches Risiko.

### Vorschlag:

- Ablehnung des Vorschlags zur Entschlüsselung; Zustimmung zur Ablehnung des Einbau von Hintertüren